

Satzung der Stadt Romrod

über ein besonderes Vorkaufsrecht nach § 25 BauGB

Aufgrund des § 25 des Baugesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414) zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21. Dezember 2006 (BGBl. I S. 3316) in Verbindung mit § 5 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. März 2005 (GVBl. I S. 142) zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 14. Dezember 2006 (GVBl. I S. 666) hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Romrod in der Sitzung am 16. 02.2007 folgende

Satzung über ein besonderes Vorkaufsrecht beschlossen:

§ 1 Anordnung des Vorkaufsrechts

Der Stadt Romrod steht zur Sicherung der städtebaulichen Entwicklung im Sinne des § 25 Abs. 1 Nr. 2 BauGB ein besonderes Vorkaufsrecht zu.

§ 2 Räumlicher und sachlicher Geltungsbereich

Der räumliche Geltungsbereich dieser Satzung erstreckt sich auf die folgenden Grundstücke im Bereich des Bahnhofumfeldes in der Gemarkung Zell:

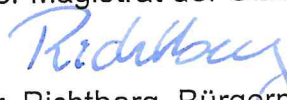
Flur 1: Nr. 177/3 Nr. 176 Nr. 164/10 Nr. 164/7
 Nr. 164/6 Nr. 134/1
Flur 3: Nr. 21/3 (Teilfläche bis zur Abgrenzungslinie)

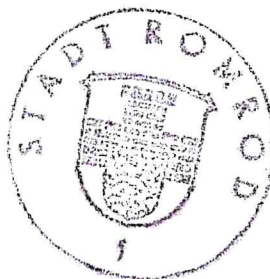
Für den räumlichen Geltungsbereich ist der Lageplan vom Januar 2007, der als Anlage zur Satzung beiliegt, maßgebend.

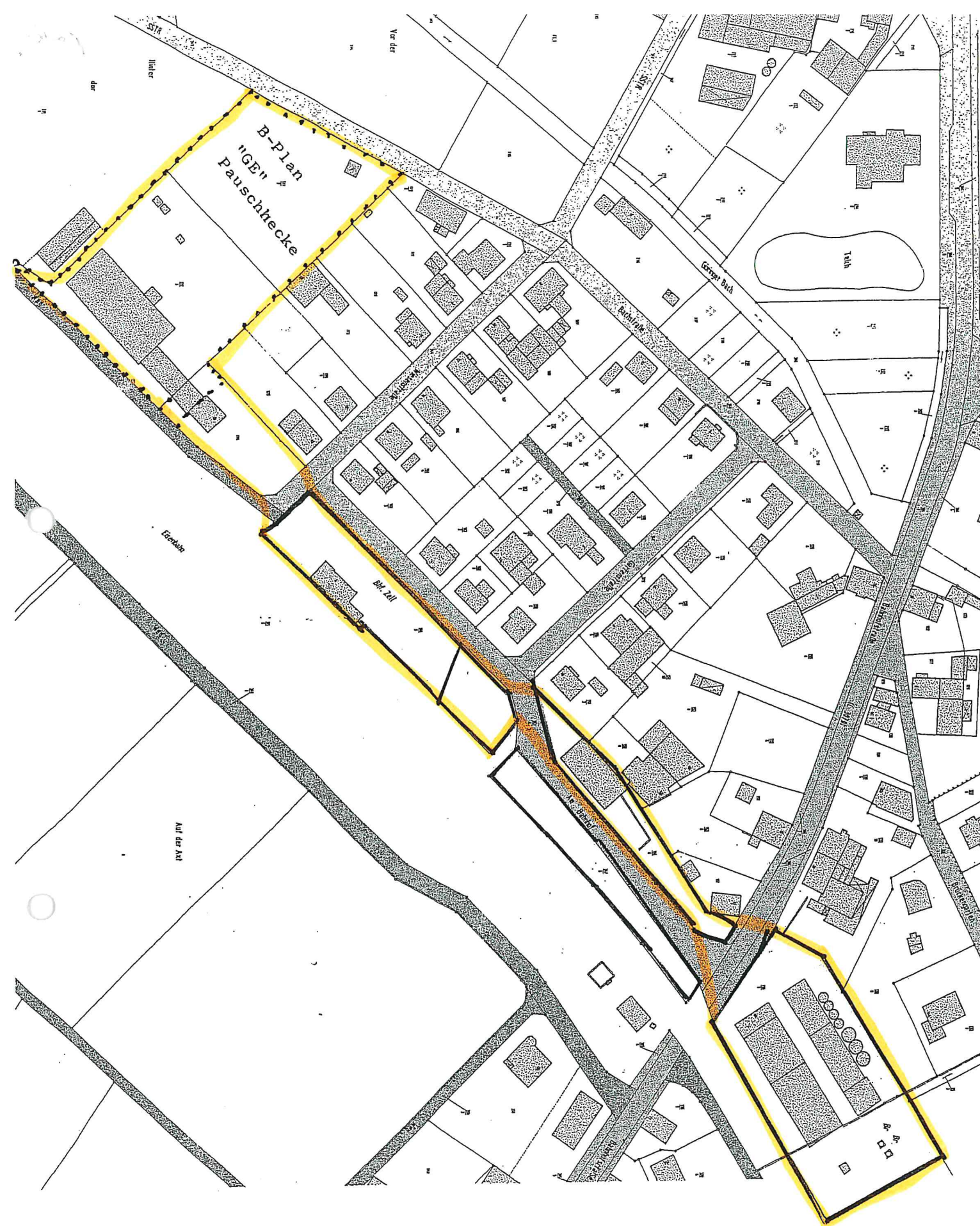
§ 3 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tage ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.
Romrod, den 16.02.2007

Der Magistrat der Stadt Romrod


Dr. Richtberg, Bürgermeisterin





Stadtverordnetenversammlung am 16.02.2007

Betr.: Brucksache Nr. 02/2007 und Nr. 03/2007

schwarz umrandet: Geltungsbereich Bebauungsplan
orange umrandet: Geltungsbereich Satzungsbeschluss

Öffentliche Bekanntmachung der Stadt Romrod

Bekanntmachung der Vorkaufsrechtssatzung der Stadt Romrod für den Bereich des Bahnhofsumfeldes in der Gemarkung Zell

Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 16.02.2007 die Satzung zur Sicherung der baulichen Entwicklung in der Stadt Romrod über ein besonderes Vorkaufsrecht gem. § 25 des Baugesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21. Dezember 2006 (BGBl. I S. 3316), in Verbindung mit § 5 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. März 2005 (GVBl. I S. 142), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 14. Dezember 2006 (GVBl. I S. 666), für den Bereich des Bahnhofsumfeldes in der Gemarkung Zell beschlossen.

Der Beschluss über die Satzung zur Ausübung eines besonderen Vorkaufsrechtes für den Bereich des Bahnhofsumfeldes in der Gemarkung Zell wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Mit der Bekanntmachung tritt die Vorkaufsrechtssatzung in Kraft.

Um die Gestaltung des Bahnhofsumfeldes zu gewährleisten, bedurfte es dieser Vorkaufsrechtssatzung. Die Vorkaufsrechtssatzung ist ein geeignetes Mittel, um erforderliche Grundstücksflächen zu erwerben und so die städtebauliche Entwicklung zu realisieren.

Die Vorkaufsrechtssatzung kann im Rathaus Romrod, Jahnstr. 2, Zimmer 2, während der üblichen Sprechzeiten von jedermann eingesehen und Auskunft über den Inhalt verlangt werden.

Eine Verletzung der in § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und 2 BauGB in der Neufassung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21.06.2005 (BGBl. I S. 1824) und durch Artikel 12 des Gesetzes (zur Umsetzung der UVP-Änderungsrichtlinie, der IVU-Richtlinie und weiterer EU-Richtlinien zum Umweltschutz) vom 26. Mai 2003, bezeichneten Verfahren und Formvorschriften ist unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Stadt geltend gemacht worden ist.

Mängel der Abwägung sind gem. § 215 Abs. 1 Nr. 1 und 2 BauGB in der Neufassung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21.06.2005 (BGBl. I S. 1824) und durch Artikel 12 des Gesetzes (zur Umsetzung der UVP-Änderungsrichtlinie, der IVU-Richtlinie und weiterer EU-Richtlinien zum Umweltschutz) vom 26. Mai 2003, unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Stadt geltend gemacht worden sind. Dabei ist der Sachverhalt, der die Verletzung oder den Mangel begründen soll, darzulegen.

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 BauGB in der Neufassung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21.06.2005 (BGBl. I S. 1824) und durch Artikel 12 des Gesetzes (zur Umsetzung der UVP-Änderungsrichtlinie, der IVU-Richtlinie und weiterer EU-Richtlinien zum Umweltschutz) vom 26. Mai 2003, über die fristgemäße Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche für Eingriffe in eine bisher zulässige Nutzung durch diesen Bebauungsplan und über das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen wird hingewiesen.

Romrod, den 16.02.2007

Der Magistrat der Stadt Romrod

Richtberg

Dr. Richtberg, Bürgermeisterin

